



Ernst Schwanhold,  
Leiter des Kompetenzzentrums Umwelt,  
Sicherheit und Energie

## Ernst Schwanhold: für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik

Die Bevölkerung der Welt wächst stetig, unsere verfügbaren Ressourcen werden immer knapper. Experten warnen, dass sich das Erdklima durch den Ausstoß von Treibhausgasen erwärmt – zugleich steigt der weltweite Energiebedarf rasant an und könnte die Klimaveränderung noch verschärfen. Ein anderes Problem, das bei Menschen in den entwickelten Ländern Besorgnis erregt, sind Umweltbelastungen, die für zunehmende Allergierkrankungen, Krebs oder hormonelle Funktionsstörungen mitverantwortlich sein könnten. Mit solchen Fragen richten sich hohe Erwartungen an die Entscheidungsträger. Erwartungen, denen langfristig nur eine Politik der Nachhaltigkeit gerecht wird, die Ökonomie, Ökologie und soziale Aspekte gleichwertig berücksichtigt.

Ein Testfall ist die europäische Chemikalienpolitik: Bringt die Politik eine Verordnung auf den Weg, die die Wettbewerbsfähigkeit in Europa stärkt und für Behörden und Industrie umsetzbar ist? Unsere hohen Qualitätsstandards, etwa in den Bereichen Ernährung und Gesundheit, wären ohne Chemie nicht denkbar. Die chemische Industrie hat hier eine besondere Verantwortung, der sie auch in Zukunft gerecht werden muss. Nur eine umsetzbare Regelung wird den Verbrauchern eine höhere Produktsicherheit und den Unternehmen die nötige Investitions- und Planungssicherheit bieten.

Nicht jedes umweltpolitische Ziel ist durch Gesetz oder Verordnung zu erreichen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat errechnet, dass die Bürokratiekosten für die Industrie seit 1994 um 27 Prozent auf 48 Milliarden Euro pro Jahr angestiegen sind. Mittel, die für Investitionen in Bildung, Forschung und Umweltschutz verloren sind. Regulierung sollte Ziele vorgeben, aber die Auswahl der Wirtschaft überlassen. Darum gilt es, anstatt immer wieder neue Verordnungen zu erlassen, auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie zu setzen.

Auf dem Weltklimagipfel in Kyoto haben sich die Teilnehmerstaaten geeinigt, den Ausstoß insbesondere des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> zu reduzieren. Gegenüber 1990 will die EU ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2012 um acht, Deutschland seine Emissionen gar um 21 Prozent reduzieren. Vor allem durch freiwillige Vorleistungen der deutschen Industrie sind davon bereits 19 Prozent erreicht. Aber stellen wir wirklich den richtigen Hebel, wenn wir diese Emissionen mit großem Aufwand über das Erreichte hinaus weiter senken wollen? Während die deutsche Industrie in den

**REGULIERUNG MIT AUGENMASS**

**KLIMAWANDEL**

**GLOBAL ANGEHEN!**

## NATÜRLICHE RESSOURCEN SCHONEN

letzten zwölf Jahren durch hohe Investitionen rund 140 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart hat, hat sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in China um eine Milliarde Tonnen erhöht. Der Emissionshandel auf Unternehmensebene ist eine Regelung, die nur in der EU verbindlich ist. Zwar kann er bei einer strengen Umsetzung, wie sie nun für Deutschland beschlossen ist, gewisse Minderungseffekte erreichen. Der nötige Kostenaufwand steht jedoch in keinem Verhältnis mehr zu den hier erreichbaren Effekten. Dagegen könnte schon ein Bruchteil dieser Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern diese CO<sub>2</sub>-Minderung um ein Vielfaches übertreffen.

Der Vorrat fossiler Rohstoffe wie Kohle und Öl nimmt stetig ab. Dies ist gewiss eine besondere Herausforderung für die chemische Industrie, die traditionell sehr stark vom Rohstoff Erdöl abhängt. Dennoch: Gerade die Chemie bietet Lösungen an, die es ermöglichen, immer weniger Öl zu verbrauchen. Ein Beispiel, das zeigt, wie stark beispielsweise der Besitzer eines älteren Hauses zur Energieeinsparung beitragen kann, ist das Drei-Liter-Haus der BASF. In seiner eigenen Energieversorgung setzt das Unternehmen konsequent auf die effektivste und damit umweltfreundlichste Technologie, die wir kennen: die Kraft-Wärme-Kopplung. Gas- und Dampfturbinenkraftwerke, wie sie die BASF an ihren Standorten errichtet, erreichen bei der Energieausnutzung die höchsten Wirkungsgrade überhaupt.

Eine wichtige Alternative zu den fossilen Energieträgern können in Zukunft die erneuerbaren Energien sein. Windenergie, Solarenergie und Biomasse werden aber nur dann einen nachhaltigen Beitrag leisten, wenn sie sich künftig im Wettbewerb der Energieträger behaupten können. Die fortgesetzte Subvention einer bestehenden Technik schafft keinen Anreiz zu ihrer Optimierung und belastet den Standort Deutschland zusätzlich. Die Politik muss deshalb die richtigen Weichen stellen. Das heißt vor allem: aussichtsreiche Technologien gezielt fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Energieerzeugung sichern.

## FREIE BAHN FÜR NACHWACHSENDE ROHSTOFFE

Neben der energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen wird in zunehmenden Maße auch eine stoffliche Nutzung gefordert. Um den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zu stärken, müssen die darauf basierten Produkte den gleichen hohen Qualitätsansprüchen genügen wie fossilbasierte Stoffe. Beispiel Pflanzenstärke: Im Verbund mit dem bioabbaubaren Kunststoff Ecoflex® von BASF lassen sich die mechanischen Eigenschaften von Stärke entscheidend verbessern. So hat sie das Potenzial in großem Maßstab zum Beispiel zur Verpackungsherstellung eingesetzt zu werden. Die Technologie ist vorhanden, aber die Umsetzung droht an zahlreichen zum Teil widersprüchlichen Verordnungen zu scheitern. Grund: Die Verpackungs-Verordnung verlangt eine weitgehende Kompostierung

**MUT ZUR INNOVATION  
IST GEFRAGT**

des Verbundstoffs. Gerade dies lässt die Bioabfallverordnung wiederum nicht zu, obwohl das fossil basierte Ecoflex 100prozentig biologisch abbaubar ist. Zudem müsste ein eigenes System analog dem "Grünen Punkt" zur flächendeckenden Entsorgung aufgebaut werden. Das wäre angesichts zunächst geringer Marktmengen unrentabel und außerdem ökologisch nicht vertretbar.

Ein anderer nachwachsender Rohstoff ist Raps. Aus Raps wird schon heute Biodiesel gewonnen. Mit der grünen Gentechnik lässt sich der Ölgehalt in der Rapspflanze erheblich steigern. So könnten wir den Einsatz von Biodiesel als alternativem Kraftstoff in Zukunft wesentlich steigern. Die grüne Gentechnik kann vielfältige Anwendungsmöglichkeiten für nachwachsende Rohstoffe ermöglichen. Mit der Gesetzesnovelle zur grünen Gentechnik wird diese in Deutschland praktisch verhindert. Eine Gesellschaft, die sich als zukunftsfähig beweisen will, muss vor allem eines haben: Mut zur Innovation. Als eine der innovativsten Branchen kann die chemische Industrie hier eine wichtige Rolle übernehmen, wenn die Politik für die richtigen Bedingungen sorgt. Wir dürfen uns den Weg zur Lösung der anstehenden Herausforderungen nicht verbauen. Voraussetzung für unsere Handlungsfähigkeit ist ein starker Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa.

Eine nachhaltige Umweltpolitik sollte sich an drei Prinzipien orientieren: erstens ökologische Effektivität, zweitens ökonomische Effizienz und drittens die Kohärenz mit anderen gesellschaftlichen Zielen wie Beschäftigung und Wohlstand.